



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

## 8 Jahre Regierung Merkel – und was uns noch erwartet

Angela Merkel schüttelt den Opfern des Hochwassers die Hände, spricht von den Problemen der hohen Mieten, und wir wissen, wo wir dran sind. In drei Monaten sind Wahlen, und bis dahin pflegt Merkel ihr Image. Das Image einer „Kanzlerin für alle“, die sowohl ein guter Freund der Wirtschaftsführer ist, für eine starke deutsche Wirtschaft Sorge und sich gleichzeitig sozial um die einfachen Menschen kümmere.

Als ob sie uns nicht seit Jahren das Gegenteil bewiesen hätte!

Seelenruhig hat die Regierung die ganzen 8 Jahre zugesehen, wie alle großen Firmen zigtausende Arbeitsplätze vernichtet haben. Selbst jetzt im Wahlkampf verlieren sie nicht einen Ton darüber, wenn große Konzerne wie ThyssenKrupp mal wieder wie nebenbei die Vernichtung von 3.000 Arbeitsplätzen ankündigen, davon alleine 670 in Essen.

Seelenruhig haben sie zugeschaut, wie die Unternehmen stattdessen immer mehr befristet, in Minijobs, über Leiharbeit und Subfirmen einstellen, zu deutlich schlechteren Löhnen. 8 Millionen Arbeitende verdienen bereits weniger als 8,50 Euro brutto die Stunde.

Und so ist die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland mittlerweile so groß wie in kaum einem anderen Land Europas:

Auf der einen Seite gibt es immer mehr Millionäre und Milliardäre, und auf den Konten der Konzerne liegen Rekordsummen in Milliardenhöhe ungenutzt herum. Auf der anderen Seite reicht es bei vielen am Monatsende hinten und vorne nicht mehr und es steigt und steigt die Zahl derer, die von Armutslöhnen und Armutsrenten leben müssen. Das ist die Bilanz von 8 Jahren Regierung Merkel.

Es stimmt: Die wesentlichen Gesetze für diese Entwicklung, die Hartz-Gesetze zu Leiharbeit, Minijobs und HartzIV, ebenso die Aufweichung der Tarifverträge und die Gesundheits- und Rentenreform, wurden schon vor Merkel eingeführt. Diese Drecksarbeit hat Schröders SPD-Regierung erledigt. Und die SPD ist sich nicht zu blöd, dies im derzeitigen Wahlkampf auch noch selber zu betonen.

Die CDU-Regierung brauchte diese Gesetze nur weiterzuführen. Sie hat sie noch weiter verschärft, konnte ansonsten aber einfach dabei zusehen, wie sich die Bosse mit Hilfe dieser Gesetze bereichern und die einfache Bevölkerung ausrauben.

Ebenso hat sich Merkels Regierung auch nur selten die Finger damit schmutzig gemacht, selber Sparpläne anzukündigen. Sie hat großzügig hunderte Milliarden (!) aus den öffentlichen Kassen an die Banken, die großen Konzerne und die Reichsten verschenkt. Doch die Folgen der so geplünderten Kassen auszubaden, hat sie hauptsächlich den Kommunen und Ländern überlassen:

Hier fehlt das Geld für die Krankenschwestern, Lehrer, Busfahrer und Putzfrauen, für die Sanierung von Schulen, Sportanlagen und Straßen. Hier hagelt es einen Sparplan nach dem anderen, mit Stellenstreichungen und Sparmaßnahmen in allen sozialen Diensten.

In den anderen Ländern Europas gibt sich die CDU-Regierung weniger Mühe zu verschleiern, dass sie einzig und skrupellos die Interessen der Bosse, der großen deutschen Banken und Konzerne vertritt. Dort ist die deutsche Regierung immer lautstark vorne weg,

wenn es darum geht zu verlangen, dass bei den Arbeitern, Rentnern, Kindern noch mehr gespart, noch mehr entlassen und gestrichen werden soll.

Was interessiert es sie, dass mittlerweile die Hälfte der Spanier auf medizinische Behandlungen verzichten muss? Dass die Jugendlichen dort keine Arbeit mehr finden? Dass in Griechenland Armutskrankheiten wie Malaria und Tuberkulose wieder aufkommen? Dass auf dem Nährboden der explodierenden Armut rechtsradikale Schlägertruppen stark werden?

Egal. Hauptsache, die arbeitende Bevölkerung dort wird immer weiter ausgepresst, so dass die südeuropäischen Staaten weiter die Zinsen für ihre Staatsschulden an die Deutsche Bank und die Commerzbank bezahlen können und Banken retten können, die sich verspekuliert haben. Damit die Banken und Spekulanten beruhigt sind und der Euro, der gerade den deutschen Unternehmen so viele Profite beschert wie niemandem sonst, gesichert bleibt.

Mit Unterstützung der anderen – rechten wie sozialdemokratischen – Regierungen führt die deutsche Regierung in Europa eine Politik an, die lautet: Plündert die Arbeitenden aus, wie es geht, zur Rettung der Konzerne und Banken.

Und es ist sicher: Wenn die Krise sich, wie abzusehen, weiter verschärfen sollte, dann wird Merkel keine Skrupel haben, auch in Deutschland offen massive Angriffe gegen die arbeitende Bevölkerung zu führen. Und wie die Arbeitenden in Griechenland, Spanien oder Frankreich müssen auch wir uns die Frage stellen, wie wir uns gegen eine weitere Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zur Wehr setzen können.

Türkei:

## Empörung und Massenproteste angesichts der Provokationen der Regierung

Es war sicher nicht das erste, sondern eher das tausendste oder zehntausendste Mal, dass die türkische Polizei mit ihren üblichen Methoden gegen Demonstranten vorging. Doch die Wasserwerfer, Tränengas und Knüppelschläge gegen die Demonstranten, die ursprünglich nur gegen die Abholzung der Bäume im Gezi-Park demonstrieren wollten, hatten die gegenteilige Wirkung. Die Brutalität der Polizei und die Beschimpfungen und Verachtung von Premierminister Erdogan haben die Empörung und die Zahl der Demonstranten verzehnfacht.

In Istanbul, Ankara, Izmir und anderen Städten sind vor allem junge Leute nun bereits seit über einer Woche jeden Tag auf der Straße – trotz der Polizeigewalt, der drei getöteten Demonstranten, der tausenden Verletzten und zahlreichen Festnahmen. Im öffentlichen Dienst fanden Warnstreiks zur Unterstützung der Proteste statt.

Längst geht es nicht mehr um die Bäume im Gezi-Park, sondern um die Regierung Erdogan und ihre Politik. Drei Mal hintereinander hat Erdogan, dessen Regierung fast 10 Jahre lang von einem außergewöhnlichen Wirtschaftswachstum profitieren konnte, die Parlamentswahlen gewonnen. Anfangs waren

Erdogan und seine Partei AKP auch sehr vorsichtig und hatten bei vielen sogar Hoffnungen auf mehr Demokratie und Frieden geweckt.

Doch in den letzten Jahren zeigt die AKP immer offener ihren Islamismus und übt im Namen der Religion Druck auf das alltägliche Leben aus: Der Verkauf von Alkohol wird eingeschränkt. Durchsagen in der U-Bahn rufen zu „moralischem Verhalten“ auf und sollen Verliebte davon abhalten, sich in der Öffentlichkeit zu küssen. Und auch das Recht auf Abtreibung, das es (im Gegensatz zu Deutschland) in der Türkei gibt, wird von Erdo-

gan in Frage gestellt.

Ein Teil der Bevölkerung ist schockiert über diese Entwicklung und ebenso über die wieder zunehmende Gewalt gegen Demonstrationen, Gewerkschaften, Kurden: 130.000 Menschen sitzen derzeit im Gefängnis, 50.000 mehr sogar als zur Zeit des Militärputsches 1980. Hinzu kommt Erdogans Einmischung im Nachbarland Syrien, von der viele befürchten, dass sie den Krieg auch in die Türkei tragen könnte.



**Trotz brutaler Polizeigewalt gehen überall im Land Zehntausende auf die Straße, wie hier in Izmir**

Zum ersten Mal stellen die heutigen Proteste die Regierung Erdogans, die so sicher im Sattel zu sitzen schien, in Frage. Und selbstverständlich versuchen Erdogans politische Konkurrenten dies für sich auszunutzen, sowohl seine Rivalen in der eigenen Partei als auch die größte andere Partei, die mit der Armee verflochtene, kemalistische Sozialdemokratische Partei CHP.

Aber die Bewegung kann auch noch weiter gehen und weitergehende Perspektiven entwickeln als die Frage, wer an der Spitze der Regierung steht. Nicht wenigen der heute De-

monstrierenden geht es auch um die Geschäftemacherei der Regierung und um die Allmacht der Unternehmer, um die Ausbeutung und die Härte des täglichen Lebens: ein Leben, in dem Miete, Strom und Essen zu bezahlen für viele ein ständiger Kampf bleibt und Unsicherheit, erzwungene Schwarzarbeit und tödliche Arbeitsunfälle den Arbeitsalltag bestimmen.

Viele Arbeiter haben die Nase voll von Erdogans Lobgesängen auf den angeblichen Wirtschaftsaufschwung, von dem sie nichts zu sehen bekommen. Eine Unzufriedenheit, die sich in den letzten Monaten in Bewegungen der Arbeiter im Automobilsektor, bei Bosch, Ford, BMW, Fiat und Renault oder auch in dem wilden Streik in den Textilfabriken von Gaziantep ausdrückte.

Die Arbeiterklasse in der Türkei, die über eine große Tradition an gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen verfügt, kann nicht nur an der heutigen Bewegung teilnehmen, sondern sich in ihr auch eigenständig organisieren, ihre eigenen Forderungen nach vorne bringen und sich als politische Kraft zeigen, die mit dieser Ausbeutergesellschaft ein für allemal Schluss machen will.

Zahlreiche der heute protestierenden Arbeitenden und Jugendlichen jedenfalls werden sich auf Dauer nicht mit der vagen Aussicht auf einen Machtwechsel an der Regierung zufrieden geben. Und eine Bewegung wie die heutige ist dafür eine viel bessere Schule als alle Reden.

In ihr können die Teilnehmer auf der Straße messen, wie zahlreich sie sind und wie stark ihre Empörung. Und sie können wichtige Erfahrungen darin sammeln, was es braucht, um nicht nur die Polizisten vom Taksim-Platz zu vertreiben, sondern die Staatsmacht und die Ausbeuter zu besiegen.

## Flutopfer: Was kommt, wenn das Wasser weg ist

In weiten Teilen Ost- und Süddeutschlands müssen viele Menschen mit ansehen, wie nach der „Jahrhundertflut 2002“ nun bereits zum zweiten Mal ihre persönlichen Gegenstände und Erinnerungen, ihre Häuser, kleinen Geschäfte und Höfe von den Wassermassen ruiniert werden. Tag und Nacht versuchen sie zu retten, was zu retten ist.

Das schlimmste steht vielen Flutopfern jedoch erst bevor. Nach 2002 nämlich haben die Versicherungskonzerne hier jede Versicherung gegen Überflutung so teuer gemacht, dass sie sich kaum noch einer leisten konnte. Diese milliarden-schweren Konzerne, die fleißig Beiträge kassieren, um Menschen angeblich vor Risiken zu schützen, sorgten so schon vorab dafür, dass sie dieses wirkliche Risiko nicht tragen müssen. Die Mehrheit der Flutopfer wird daher nicht einen Cent von den Versicherungen sehen.

Und was die 100 Millionen Euro Soforthilfe angeht, die Merkel als schöne Geste im Wahlkampf versprochen hat: Kaum hatte sie es gesagt, da standen schon die Unternehmerverbände auf der Matte. Und Wirtschaftsminister Rösler hat

ihnen sofort schriftlich zugesichert, dass ein ganzer Teil der 100 Millionen Euro an die betroffenen Betriebe gehen wird, die bis zu 50% ihrer Schäden ersetzt bekommen. Außerdem soll es weitere Programme für die Wirtschaft geben, aus denen, wie man aus Erfahrung weiß, vor allem die größeren Betriebe und Höfe bedient werden.

Für die einfache Bevölkerung hingegen, für Privatleute und kleine Selbstständige sieht es schlechter aus: In Thüringen und Sachsen gibt es 400 Euro für jedes erwachsene Flutopfer. Das ersetzt natürlich nicht einmal einen Bruchteil der Schäden. Und ob sie später nochmal was bekommen werden, steht in den Sternen.

Sicher jedenfalls ist, dass sich viele – zum zweiten Mal – verschulden müssen, um ihre Wohnungen wieder herzurichten. Und nicht wenige Selbstständige bangen um ihre Existenz.

Auch steht in den Sternen, wo gerade in den ärmeren Regionen Ostdeutschlands die Milliarden herkommen sollen, um die Schulen, Krankenhäuser und Straßen wieder instand zu setzen.

Viele ganz normale Menschen bemühen sich heute, die Betroffenen zu unterstützen. Zehntausende haben sich freiwillig gemeldet und bauen zusammen mit den Einsatzkräften Tag und Nacht Dämme, bringen in Not Geratene in Unterkünfte oder helfen bei Räumarbeiten. Andere spenden Geld. Ihr Einsatz und ihre Hilfsbereitschaft mildern die sofortigen Folgen der Naturkatastrophe für viele Betroffene deutlich ab.

Doch der gewinnorientierte Egoismus von Versicherungskonzerne und Großbetrieben und der Mangel an öffentlichen Geldern führt dazu, dass die Flut nachträglich dennoch zu einer sozialen Katastrophe wird.

### Drohnen-Debakel:

## Die Rüstungsindustrie bedankt sich

Über 600 Millionen Euro also hat die deutsche Regierung für die Entwicklung von Drohnen ausgegeben, die sie nun doch nicht gebrauchen können, weil sie zu viele Probleme machen.

Wie nun rauskam, war dies dem Verteidigungsministerium spätestens seit 2011 und wohl sogar schon seit 2009 bekannt. Doch offensichtlich hat man bis zur letzten Sekunde gewartet, das Projekt abzublasen, damit man den Rüstungskonzernen noch so lange wie möglich Geld dafür in den Rachen werfen kann.

Die Affäre um die Drohnen erinnert einen daran, welch gigantische Summen der deutsche Staat still und heimlich für Militär und Rüstung ausgibt. Dabei wird Deutschland von keinem Land der Welt mit Krieg bedroht. Dennoch gehört der deutsche Staat zu den 10 Ländern, die weltweit am meisten für Militär ausgeben: 46 Milliarden Dollar im Jahr.

46 Milliarden Dollar, um Kriege am anderen Ende der Welt, wie in Afghanistan, zu führen und dabei die Bevölkerung zu terrorisieren. Und vor allem 46 Milliarden Dollar, um die großen deutschen Konzerne zu mästen, die all die teuren Waffen herstellen, von EADS bis Daimler, von Rheinmetall bis Siemens. Und das ist der eigentliche Skandal.

## Amazon: „Ein Streik auch für unsere Würde“

An inzwischen drei Tagen haben bis jetzt mehrere hundert Beschäftigte von Amazon in Leipzig und Bad Hersfeld ganztätig gestreikt und demonstriert. Sie fordern vom Konzern höhere Löhne, die Bezahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie der Wochenend- und Nachtzuschläge.

Es ist weltweit das erste Mal überhaupt, dass Arbeiterinnen und Arbeiter des weltgrößten Versandhandels mit seinen über 80.000 Beschäftigten in den Streik treten. Viele sind stolz darauf, Amazon endlich zu zeigen, dass die Arbeitenden keine Sklaven sind, mit denen man machen kann, was man will. Und sie wollen Amazon spüren lassen, dass sie sich auch in Zukunft nicht mehr alles gefallen lassen wollen. Dass sie diese Arbeitsbedingungen satt haben, wo man nicht mal vernünftig Pause machen kann und vor jeder Pause noch entwürdigende Körperkontrollen über



sich ergehen lassen muss. Wo einem die Vorgesetzten ständig im Nacken sitzen und zur Arbeit antreiben, weil man das „Soll“ nicht erfüllt. Und wo die Mehrheit der Kollegen nur befristete Verträge bekommt.

Der Amazon-Konzern ist für seinen harten Kurs gegenüber den Arbeitenden berüchtigt. Allen ist daher klar, dass es nicht einfach werden wird, ihn überhaupt zu irgendetwas zu bewegen. Bislang weigert sich Amazon, mit den Streikenden überhaupt nur zu reden. Trotz allem haben sich 97% der Gewerkschaftsmitglieder dafür entschieden, diesen Kampf für ihre Löhne und ihre Würde aufzunehmen.

## „Moderne Zeiten“ im Einzelhandel

Es ist ein regelrechter Generalangriff, gegen den sich seit Pfingsten tausende Arbeitende von Ikea, Kaufhof, Real und anderen großen Einzelhandels-Konzernen mit ganztägigen Streiks und Demonstrationen wehren:

Die Arbeitszeiten – vor allem der Teilzeitbeschäftigten – sollen vollkommen flexibel werden, nach den Bedürfnissen des Unternehmens. Wochenend- und Spätschichtzuschläge sollen gestrichen und Kassieren an modernen Kassen als „minderwertige Tätigkeit“ schlechter bezahlt werden. Bis zu 4000 Euro Lohn im Jahr könnte eine Vollzeit-Kassiererin damit verlieren. Und für die Kollegen, die die Ware verräumen, soll sogar eine

extra Niedriglohngruppe eingeführt werden. All das in einer Branche, wo ohnehin schon viele in Teilzeitverträgen und Minijobs sind und mit HartzIV aufstocken, und wo auch bei Vollzeit am Ende des Lohns oft noch viel Monat übrig bleibt.

Die Besitzer der ganzen Lebensmittel- und Kaufhausketten hingegen verdienen sich dumm und dämlich. Sie gehören quasi alle zu den Reichsten Deutschlands und Europas.

Und dass diese Milliardäre die Ausweitung der Arbeitszeiten und die Kürzung der Löhne ihrer Kassiererinnen und Lagerarbeiter in der Öffentlichkeit auch noch dreist als Verbesserung



und „fortschrittliche Modernisierung der Arbeitswelt“ darstellen, ist für viele Streikende wirklich der Gipfel.

Für viele von ihnen ist die heutige Auseinandersetzung der erste Streik ihres Lebens. Doch in dieser „modernen Arbeitswelt“ wird es sicher nicht ihr letzter sein.

### „Ausgewählte Zuwanderung“ und Grenzschießung:

#### Einzig zum Nutzen der deutschen Unternehmer

Nicht zuletzt auf Druck der deutschen Regierung haben die EU-Länder letzte Woche beschlossen, dass jedes EU-Land seine Grenzen wieder bis zu zwei Jahre schließen kann. Eine der wenigen wirklichen Fortschritte, die die EU gebracht hat, wird damit wieder aufgehoben:

Nun können permanente Grenz- und Passkontrollen mit all den damit verbundenen Schikanen wieder eingeführt werden. Und das hauptsächlich, weil Deutschland auf diese Weise noch einfacher Jagd auf illegale Einwanderer machen will.

Dabei wirbt derselbe deutsche Staat gleichzeitig gezielt in Ost- und Südeuropa und in Asien um Einwanderer. Allerdings nur um bestimmte, nämlich um Ärzte, Ingenieure, Krankenschwestern, Techniker. 43 Prozent der Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland einwandern durften, hatten bereits

einen Uni-, einen Meister- oder Technikerabschluss, während es dafür in manchen Gegenden Rumäniens kaum noch einen Arzt gibt.

Der deutsche Staat, einer der reichsten der Welt, lässt nämlich arme Staaten wie Rumänien, Indien oder Griechenland das Geld aufbringen, um Berufsschulen und Universitäten zu bezahlen. Und dann werben sie die fertig Ausgebildeten nach Deutschland ab, wo die Betriebe sie obendrein zu deutlich schlechteren Löhnen beschäftigen als ihre deutschen Kollegen.

Auf diese Weise trägt der deutsche Staat dazu bei, die ärmeren Staaten zum Nutzen der deutschen Wirtschaft auszuplündern und weiter zu verarmen. Doch die Menschen, die versuchen, diesem Elend oder Verfolgung zu entfliehen, will er mit immer undurchdringlicheren und bedrohlichen Grenzmauern von sich fernhalten.

### Karstadt: Wer hier wen rettet

Ganz fürchterlich empört hat sich der Besitzer von Karstadt, Berggruen, über die Streiks der Kollegen dort. Wie könnten sie gegen ihn – den großen Retter von Karstadt – streiken, nur weil er (schon wieder) Lohnverzicht von ihnen verlange?

Ja, dieser „Retter“ hat Karstadt 2010 für einen symbolischen Euro aus der Insolvenz geschenkt bekommen. Damals wurde er überall als der große, wohltätige Retter gefeiert. Seitdem aber hat er mehrere tausend Arbeitende entlassen und außerdem laut Ver.di zig Millionen aus dem Geschäft gezogen. Aber weil der Umsatz um 10% zurückgegangen ist, will er bei den Beschäftigten nun erneut 36 Millionen Euro an Lohn einsparen.

Die Streikenden sehen das anders. Seit 2004 haben sie Karstadt durch all den Lohnverzicht schon 650 Millionen Euro geschenkt. Wenn also, dann sind sie die Retter des Kapitalisten Berggruen und können von ihm den Verzicht auf die 36 Millionen verlangen.

### Freiheit für den Soldaten Manning

Der Prozess gegen Bradley Manning hat begonnen. 2010 hat dieser im Irak stationierte Soldat hunderttausende vertrauliche Dateien der US-amerikanischen Armee kopiert. Es waren Dokumente, die die Verbrechen, die Folter und die Korruption der US-Armee und ihrer Verbündeten im Irak und in Afghanistan belegen.

Dafür, dass Bradley Manning der Öffentlichkeit einen kleinen Einblick in den wahren Charakter der Armee, in die Machenschaften und Verhaltensweisen der Besatzungstruppen ermöglicht hat, droht dem 25jährigen heute lebenslange Haft.

Wir leben wirklich in einer verkehrten Welt. Für seinen Mut, die Wahrheit ans Licht zu bringen, gehört ein solcher Mann nicht eingesperrt, sondern geehrt!

### Wollen Sie uns erreichen?

#### **DAS ROTE TUCH -**

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

**E-Mail:** [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

**Telefon:** 0157 – 76493485

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)